

Verspäteter Start ins Neue Jahr.

Nach der Kabinettsreform beginnt Brasiliens Regierung mit der Arbeit

Wilhelm Hofmeister

Kabinettsumbildung • des Präsidenten Kapazität zur Versöhnung von Gegensätzen • Profilsuche der Opposition • eine kühne Entscheidung des Wahlgerichts zum Parteienwechsel • Verschärfung des Jugendstrafrechts • TV-Lula • Wirtschaftsstatistik erhöht das Wachstum • GOL übernimmt Varig • Chaos auf den Flughäfen • Bush in São Paulo und Lula in Camp David

Fünf Monate nach den Wahlen und drei Monate nach dem offiziellen Beginn seiner zweiten Amtszeit hat Präsident Lula die lange erwartete Kabinettsreform abgeschlossen. Der Präsident brauchte dafür ungewöhnlich viel Zeit, weil er 11 Koalitionsparteien, die unterschiedliche politischen Stärke der einzelnen Parteien im Parlament und schließlich auch noch innerparteiliche und regionale Interessen bei der Verteilung von Ministerposten ausbalancieren musste. Dennoch reichte die bisherige Kabinettsstärke mit 34 Ministern für diesen Balanceakt nicht aus. Darum hat der Präsident schließlich das Transportministerium geteilt und ein zusätzliches Hafenministerium geschaffen.

Insgesamt ist die Kabinettsreform weniger dramatisch ausgefallen als zunächst erwartet. Es wurden nur elf Minister ausgewechselt und nur neun Neulinge aufgenommen. Da allerdings bis zuletzt offen war, welche Minister gehen mussten und wer bleiben konnte, hat das Kabinett seit einem halben Jahr praktisch weitgehend im Stillstand verharrt. (siehe Kabinettsliste im Anhang).

Die Kabinettsreform bestätigte, dass ein brasilianischer Präsident trotz seiner Machtfülle bei der Kabinettsbildung keineswegs selbstständig entscheiden kann, sondern auf die Zusammenarbeit mit den Parteien seiner Koalition angewiesen ist. Besonders wichtig war Lula die Einbindung der PMDB, die stärkste Partei in beiden Kammern des Parlaments ist. Die PMDB beanspruchte und erhielt fünf Ministerposten. Allerdings dominiert die Arbeiterpartei (PT) weiterhin eindeutig 17 Ministern die Kabinettsriege.

Wichtige Veränderungen gab es nur in wenigen Ministerien. Im Außenwirtschaftsministerium wollte Präsident Lula den bisherigen Minister und bekannten Unternehmer Luiz Furlan durch einen anderen bekannten Großunternehmer ersetzen, erhielt jedoch zunächst einige Absagen, ehe er mit Miguel Jorge einen Minister aus dem Unternehmerlager vorstellen konnte, der aber

keineswegs so bekannt ist wie Furlan oder andere Kandidaten. Für das Landwirtschaftsministerium war von der PMDB zunächst ein Agrarunternehmer designiert und von Präsident Lula auch akzeptiert worden, der größter Produzent von Sojasamen im Land ist. Als jedoch bekannt wurde, dass einige Gerichtsverfahren wegen Steuerbetrügereien gegen ihn anhängen, zog die PMDB diesen Kandidaten zurück und ernannte mit dem Abgeordneten Reinhold Stephanes ebenfalls einen Lobbyisten des Agrarsektors. Dass Stephanes früher Mitglied der Partei der Militärregierung ARENA gewesen und in den Regierungen der Generäle Costa e Silva und Geisel gedient hatte und später Minister von Collor de Mello und Cardoso war, störte den Präsidenten bei der Ernennung des neuen Landwirtschaftsministers nicht.

Das Arbeitsministerium erhielt Carlos Lupi, Präsident der alten Brizola-Partei PDT, die noch bis im letzten Jahr in Opposition zu Lula stand und einen eigenen Präsidentschaftskandidaten ernannt hatte. In den letzten Wochen verordnete Lupi den Abgeordneten seiner Partei absolute Regierungsgefolgschaft, um auf jeden Fall einen Ministerposten für sich zu sichern. Weil Lupis PDT mit dem Gewerkschaftsverband *Força Sindical* zusammenarbeitet, hat der größere und der PT nahestehende Verband *Central Unica de Trabalhadores* (CUT) gegen diese Ministerernennung protestiert. Schließlich verliert die CUT nun den Einfluss auf die Verteilung der Mittel des stattlichen Hilfsfonds für Arbeiter (FAT).

Nicht sehr sanft ging Lula mit seiner Parteifreundin Marta Suplicy um, der ehemaligen Bürgermeisterin von Sao Paulo. Eine starke Gruppe der PT wollte unbedingt, dass Frau Suplicy ein wichtiges Ministerium erhielte, das ihr die Verteilung möglichst vieler öffentlicher Mittel erlauben und so ihre Chancen als Bürgermeisterkandidatin in Sao Paulo im nächsten Jahr erhöhen sollte. Sogar über die Möglichkeit einer Präsidentschaftskandidatur von Frau Suplicy im Jahr 2010 ist schon spekuliert worden. Das Bildungs- oder Städteministerium standen ganz oben auf der Wunschliste. Doch Präsident Lula ließ sich nicht erweichen und bot Frau Suplicy schließlich „nur“ das Tourismusministerium an. Lula wollte verhindern, dass wichtige Kabinettsposten vornehmlich für den Kommunalwahlkampf genutzt werden. Denn dass Frau Suplicy im kommenden Jahr in Sao Paulo wieder antreten will, steht weitgehend außer Zweifel.

Meister der Versöhnung: der Präsident umarmt alle, selbst Collor de Mello

Im Ausland mögen manche konservative Linke, die ihre alten Ideologien und Symbolfiguren nicht aufgeben wollen, den brasilianischen Präsidenten Lula noch immer für einen bärtigen Revolutionär halten. In Brasilien glaubt daran eigentlich niemand mehr. Der öffentliche Diskurs für die Armen und die Wahlkampfreden gegen „die Elite“ verfangen zwar noch bei bestimmten Wählerschichten. Doch „für die Armen“ sind letztlich alle und „die Eliten“, vor allem das früher so viel geschmähte Finanzkapital, haben noch nie so gut verdient wie unter der Regierung Lula.

Lula versteht es seine Gegner zu attackieren. Vor allem aber besitzt er die Fähigkeit zu verbinden und zu versöhnen, ohne dabei viel Rücksicht auf früher einmal vertretene ideologische oder politische Positionen zu nehmen. Das war schon während seiner ersten Regierungszeit der Fall, als er die lange kritisierte Wirtschaftspolitik seines Vorgängers fortführte und Parteien in seine Koalition holte, die die PT bis dahin als Klassenfeinde bekämpfte.

In seinem Kabinett hat Lula wiederum scheinbar unüberbrückbare Interessen vereint:: die engagierte Umweltpolitikerin Marina Silva, die gegen die Ausdehnung der Sojafelder in den Amazonas, den Anbau genveränderter Getreidesorten oder den eventuellen Ausbau der Kernkraftwerke kämpft und der Interessenvertreter der Landlosenbewegung im Agrarreformministerium sitzen am Tisch mit den Repräsentanten des Agrobusiness und der Industrie, die genau die gegenteiligen Interessen vertreten und sich in den vergangenen Jahren eher durchsetzen konnten; der Gewerkschafter, der die Zinspolitik der Zentralbank geißelt, gehört ebenso zum Kabinett wie der Zentralbankpräsident, dessen konservative Geldpolitik vom Präsidenten gestützt wird.

Die brasilianische Tradition der Kooptation unterschiedlichster Interessengruppen beherrscht Präsident Lula perfekt. Positiv ausgedrückt könnte man von einer „Versöhnung von Gegensätzen“ sprechen, doch eigentlich sind manche Gegensätze so tief greifend, dass sie nicht zu versöhnen sind. Solange sich an den tatsächlichen Verhältnissen, sprich: Gegensätzen, nichts ändert, bleiben die Versöhnungsgesten nur hohle Rhetorik und am Ende zahlt einer immer die Rechnung. In Brasilien sind das traditionell die Armen und die Schwarzen. Die oft gerühmte Vielfalt des Landes ist schließlich am Ende auch nichts anderes als die Anhäufung von Gegensätzen: sozialen, regionalen, rassischen, kulturellen, religiösen.

Der Präsident des Landes muss auf eine Aussöhnung dieser Gegensätze hinwirken. Solange sich an den tatsächlichen Verhältnissen nichts Entscheidendes ändert, erfolgt die Aussöhnung durch symbolische Gesten und politische Rhetorik. Darin ist Präsident Lula ein Meister und das ist wohl auch ein wesentlicher Grund für seine große Popularität.

Seine Kapazität der Versöhnung des scheinbar Unversöhnlichen zeigte Lula einmal mehr, als er am 21. März den ehemaligen Präsidenten Collor de Mello im Präsidentenpalast empfing, der 1992 im Rahmen eines Impeachment-Verfahrens aus eben diesem Palast durch die Hintertür geflüchtet war. 1989 standen sich der damals wirklich bärtige Revolutionär Lula und der smarte shooting star Collor de Mello als Präsidentschaftskandidaten in einer denkwürdigen Fernsehdebatte gegenüber. Das Establishment fürchtete den Arbeiterführer und setzte alles daran, um den unbekanntem Spross einer traditionellen Großgrundbesitzerfamilie aus dem Nordosten zum Präsidenten zu machen. Größer konnte der Gegensatz kaum sein. Drei Jahre später wurde Collor wegen korrupter Machenschaften aus dem Amt getrieben.

Nun ist er als gewählter Senator auf die politische Bühne zurückgekehrt. In seiner ersten Rede vor dem Oberhaus stellte er sich als Opfer dunkler Machenschaften dar. Die Absolution erhielt er durch die Umarmung des Präsidenten Lula. Und schon erschien ein Artikel, der Collor das Verdienst zuwies, mit der Modernisierung des Landes begonnen zu haben ... (P Estado de São Paulo, 30.03.2007).

Profilsuche der Opposition – PFL wird „Demokraten“

Angesichts der Fähigkeit des Präsidenten letztlich alle zu umarmen, bleibt der Opposition kein Raum für die eigene Profilierung. Die wichtigsten Oppositionsparteien PSDB und PFL verbeißen sich im Parlament in dem Versuch, die Regierung mit Untersuchungskommissionen zu belagern,

die am Ende kaum nennenswerte Ergebnisse hervorbringen, und sind ansonsten hauptsächlich mit sich selbst beschäftigt. Alternative Projekte der Opposition zu einzelnen politischen Bereichen sind zuletzt nicht bekannt geworden.

Innerhalb der PSDB gibt es bereits Konflikte um die möglichen Kandidaten und Koalitionsstrategien bei den Kommunalwahlen im Oktober 2008. Zudem wird die kommende große Auseinandersetzung um die Präsidentschaftskandidatur von 2010 vorbereitet. Dass die Gouverneure aus São Paulo und Minas Gerais, José Serra und Aécio Neves, um die Kandidatur konkurrieren werden, steht bereits fest. Doch wie die Partei den bevorstehenden erbitterten Konflikt überstehen wird, ist noch ungewiss. Gegen Ende des Jahres soll ein neuer Parteivorstand gewählt werden. Bis dahin ist mit der PSDB kaum zu rechnen.

Die PFL - Partido de Frente Liberal – hat eine andere Antwort auf der Suche nach neuem Profil gefunden: auf ihrem Parteitag am 28. März hat sie eine Änderung ihres Parteinamens in „Demócratas“ („Demokraten“), abgekürzt DEM, beschlossen. Die Namensänderung ist eine Reaktion auf das schlechte Wahlergebnis des letzten Jahres, das nach Meinung führender Repräsentanten der DEM u.a. darauf zurückzuführen sei, dass der Begriff „Liberale“ nicht mehr in die heutige politische Landschaft passe und in Brasilien eine eher konservativ ausgerichtete Partei keine Chance habe.

Zum neuen Vorsitzenden der DEM wurde der 36-jährige Rodrigo Maia gewählt, seit zwei Wahlperioden Abgeordneter in Brasília und Sohn des Bürgermeisters von Rio de Janeiro. Auch weitere Vorstandssitze der neuen Partei wurden mit den Söhnen und Enkeln der alten Parteigrößen besetzt, darunter der Sohn des bisherigen Vorsitzenden Bornhausen und der Enkel von H.C. Magalhães etc. Die Zusammenarbeit mit der PSDB wird seitens der DEM stärker hinterfragt und sie verlangen auf jeden Fall im Hinblick auf die Kommunalwahlen eine stärkere Unterstützung für Kandidaten aus den eigenen Reihen. Das gilt besonders für die Wiederwahl des gegenwärtigen Bürgermeisters von Sao Paulo, Gilberto Kassab. Programmatisch wollen die DEM nach Aussagen des neuen Vorsitzenden demnächst weniger die Wirtschaftspolitik als vielmehr Themen betonen, „die näher an der Gesellschaft sind“.

Wem gehört ein Mandat? Wahlgericht belebt die politische Reform

Das Oberste Wahlgericht (Tribunal Superior de Eleicoes – TSE), das schon erheblichen Einfluss auf die Parteien- und Wahlgesetzgebung nahm, hat nun überraschenderweise am 27. März eine Entscheidung getroffen, die die Parteien zum Handeln zwingt. In Beantwortung der Anfrage der Partei PFL, die seit den Wahlen bereits sieben Abgeordnete durch Parteiaustritte verloren hatte, stellte das TSE fest, die Parteien seien „Eigentümer“ der Mandate und nicht der individuelle Abgeordnete. Folglich müsste das Mandat beim Parteiaustritt eines Abgeordneten an die Partei zurückfallen, während der individuelle Abgeordnete sein Mandat verliert.

Diese Entscheidung des TSE hat, sofern sie vom Obersten Bundesgericht (Superior Tribunal Federal – SFT) bestätigt wird, erhebliche Auswirkungen auf die Parteien, das Parlament und nicht zuletzt auch für die Koalitionsregierung. In Brasilien sind Parteiwechsel sehr häufig, insbesondere aber in den Wochen und Monaten nach einer Wahl. In der Regel wechseln

Abgeordnete zu Parteien, die der aktuellen Regierungskoalition angehören. Als „Regierungsabgeordnete“ haben sie viel größere Chancen, dass ihre Eingaben (*emendas parlamentares*) bewilligt werden, womit die Aussicht ihrer Wiederwahl wächst. Die drei wichtigsten Oppositionsparteien PSDB, PFL und PPS haben seit den Wahlen im Oktober bereits 22 Abgeordnete an Parteien der Regierungskoalition verloren. Die neue Partido Republicano (PR), eine Fusion aus Partido Liberal (PL) und PRONA, hat von den Parteiwechsellern am stärksten profitiert und die Zahl ihrer Abgeordneten sehr rasch von 23 auf 41 erhöht..

Unter den Parteien hat die Entscheidung des Wahlgerichts zwiespältige Reaktionen hervorgerufen. Während diejenigen Parteien, die zuletzt Abgeordnete verloren, die Entscheidung begrüßten, wurde sie aus dem Regierungslager kritisiert. Sollte der Spruch des TSE rückwirkend ab der neuen Legislaturperiode gelten, wären vielleicht sogar die gerade gebildete Koalition und die breite Mehrheit für die Regierung gefährdet.

Auf jeden Fall hat der Spruch des TSE die Debatte um eine „politische Reform“ neu entfacht. Dieses Thema steht seit vielen Jahren auf der Agenda des Parlaments. Nach breiter Übereinstimmung zwischen wichtigen Parteien, Vertretern der akademischen Gemeinschaft und der öffentlichen Meinung sollten die zentralen Elemente einer solchen Reform die Stärkung der Parteien, die Reduzierung der Parteilenzahl im Parlament, die Verbesserung der Regierungsfähigkeit durch Sicherstellung stabilerer parlamentarischer Mehrheiten und die Verringerung der horrenden Wahlkampfkosten sein. Verschiedene Projekte wurden zwischen Senat und Abgeordnetenkammer hin- und hergeschickt. Doch eine Entscheidung über zentrale Fragen einer politischen Reform war bisher noch nicht getroffen worden. Nach den Skandalen der letzten Jahre wegen der heimlichen Zahlungen der Regierung an Abgeordnete zur Versicherung ihrer Koalitionstreue (und der Finanzierung dieser Zahlungen durch Veruntreuung öffentlicher Mittel) war der Ruf nach einer politischen Reform wieder lauter geworden.

Präsident Lula hat wiederholt die politische Reform zu einer Priorität seiner Regierung erklärt. Der neue Präsident der Abgeordnetenkammer Chinaglia hat das Thema auf die Agenda der Kammer gesetzt, doch viele Parlamentarier und auch politische Beobachter haben dennoch den politischen Willen und die Möglichkeit einer Reform sehr zurückhaltend eingeschätzt. Eines der größten Hindernisse ist der Widerstand der kleinen Parteien gegen Reformen, die letztlich ihre Existenz gefährden. Und nachdem Lula in mühsamer Kleinarbeit seine neue Regierung aus 11 Parteien gebildet und dabei alle mit wichtigen Posten versehen hatte, was ihm bis auf Weiteres eine bequeme Mehrheit im Parlament sichert, musste man davon ausgehen, dass auch er nun kaum mehr größere Neigung besaß, dieses fein gesponnene Gerüst durch eine politische Reform zu gefährden. Zudem hatte ausgerechnet das oberste Wahlgericht (TSE) im Dezember eine 1996 verabschiedete Reform kassiert, die mit der neuen Wahlperiode in Kraft treten sollte und den Parteien mit weniger als 5% Stimmen die Besetzung von herausragenden Positionen im Parlament und seinen Ausschüssen verwehrte. Kleinparteien wären damit von wichtigen Pfründen ausgeschlossen gewesen und ihr Überleben war damit erschwert worden.

Nun ist es möglich, dass das Parlament unter dem Druck der TSE-Entscheidung doch eine politische Reform entscheidet. Die Diskussion zeigt aber bereits, dass ein Konsens über zentrale Elemente schwer zu erzielen ist. Vor allem die Änderung des Wahlrechts mit der Einführung von

Wahlkreisen ist noch sehr umstritten. Gleichwohl besteht die Möglichkeit einiger Entscheidungen, die die Parteien und damit auch die Demokratie stärken.

TV-Lula - ein Fernsehkanal der Exekutive?

Kontroverse Reaktionen hat die Ankündigung der Einrichtung eines weiteren staatlichen Fernsehnetzes hervorgerufen. Nach ersten kritischen und erschrockenen Reaktionen auf diese Ankündigung des Kommunikationsministers erklärte Präsident Lula, dass nicht ein staatliches, sondern ein „öffentliches erzieherisches Fernsehen“ sowie ein „nationales Radio“ geplant seien. Er versicherte, es gehe dabei nicht um Propaganda für die Regierung, sondern um Bildungfernsehen mit einem abwechslungsreichen Kultur- und Bildungsprogramm. Kommunikationsminister Hélio Costa hob ausdrücklich hervor, dass man nicht dem Beispiel von Fidél Castro und Hugo Chávez folgen wolle, was prompt zu einem diplomatischen Zwischenfall mit Venezuela führte, weil der venezolanische Botschafter den brasilianischen Minister wegen dieser Äußerung öffentlich kritisierte.

Gleichwohl formulieren viele Kommentatoren die Sorge, das TV-Lula werde am Ende doch nur eine weitere staatliche Propagandamaschinerie. Gefragt wird nach dem Grund für die Einrichtung des Fernsehnetzes, wo es doch in Brasilien bereits ein dichtes Netz von Anstalten gibt, die direkt (26 Anstalten) und indirekt (53 Anstalten) an das öffentliche Fernsehnetz angeschlossen sind und u.a. einen Bildungsauftrag haben und teilweise auch erfüllen. Zudem sind an die Rundfunkgesellschaft Radiobrás, die direkt dem Präsidenten untersteht, TV Nacional und Rádio Nacional sowie weitere Stationen angeschlossen. Der Präsident und sein neuer Pressesprecher Franklin Martins verweisen zwar auf das Vorbild der britischen BBC. Eine Art parlamentarisches Kontrollsystem, wie es in Großbritannien über das Verfahren zur Gebührenfestsetzung existiert, ist in Brasilien jedoch offensichtlich nicht vorgesehen.

Die Mittel für das Projekt werden von der Regierung mit 250 Millionen Reais (ca. 90 Mio Euro) angesetzt. Experten schätzen aber, dass es mindestens doppelt so viel kosten wird und dass die Gefahr besteht, „TV-Lula“ werde als Propagandaapparat eine weitere Pfründe, um politische Gefährten des Präsidenten zu bestallen, ohne dass dem Steuerzahler Rechenschaft abgelegt werde. Angesichts der Tendenzen in manchen Ländern Lateinamerikas, den staatlichen Einfluss auf die Medien zu erweitern und unabhängige Medien und Journalisten einzuschränken, wird man das Projekt der Einrichtung eines öffentlichen Fernsehnetzes in Brasilien aufmerksam verfolgen müssen.

Verschärfung des Jugendstrafrechts

Die Gewalt ist eines der zentralen innenpolitischen Probleme Brasiliens. Es vergeht praktisch kein Tag, an dem die Medien nicht wenigstens über ein besonders schreckliches Verbrechen berichten. Im internationalen Vergleich ist die Rate von 27 Morden pro 100.000 Einwohnern eine der höchsten. In einigen Städten liegt die Mordrate deutlich über dem Landesdurchschnitt. Unter den Landeshauptstädten hat Recife mit 91,2 die höchste Rate. Nach einer Ende Februar veröffentlichten Studie ist die Stadt Colniza im Amazonasstaat Mato Grosso mit 165,3 Morden

pro 100.000 Einwohnern die gewalttätigste Stadt des Landes. Das ist Ausdruck der Konflikte um die Landerweiterung zur Gewinnung neuer Anbau- und Siedlungsflächen. Mit 57,2 in Rio de Janeiro, 48,2 in São Paulo und 36,8 in Brasilia liegt die Mordrate in diesen Städten jeweils deutlich über dem Landesdurchschnitt und veranschaulicht einen Aspekt der Gewaltproblematik.

Angesichts der Vielzahl von Verbrechen werden Einzelfälle schnell wieder vergessen. Nicht so im Falle des sechsjährigen Joao Helio, der in Rio de Janeiro von drei Jugendlichen bei einem Überfall auf das Auto seiner Mutter ums Leben kam. Weil der kleine Junge nicht schnell genug aus dem Sicherheitsgurt befreit werden konnte, blieb er an der Außentür des Wagens hängen, während die Autodiebe in rasender Geschwindigkeit davon fuhren. Das Kind wurde zu Tode geschleift. Der Vorfall rief landesweit Bestürzung hervor. Nachdem die Täter gefasst waren und sich herausstellte, dass einer von ihnen noch minderjährig ist, entbrannte, unterstützt von einigen Medien, im Parlament eine Diskussion über die härtere Bestrafung von Jugendlichen. Nach geltendem Recht können minderjährige Straftäter maximal zu drei Jahren Jugendstrafe verurteilt werden. Dadurch erlangen selbst mehrfache Mörder im jugendlichen Alter, so sie überhaupt verurteilt werden, relativ schnell wieder ihre Freiheit. Ein Senatsausschuss hat sich für ein Gesetz zur Herabsetzung der Volljährigkeit minderjähriger Straftäter ausgesprochen und im Senat wird ein Plebiszit über diese Frage vorbereitet. Präsident Lula hat jedoch bereits wiederholt vor einem solchen populistischen Schritt gewarnt. In der Regierung wird nun ein Gesetz zur Änderung des Jugendstrafrechts vorbereitet.

Neue Wirtschaftsstatistik erhöht das Wachstum

Das Brasilianische Statistikinstitut hat anhand eines neuen Verfahrens die wirtschaftliche Gesamtleistung des Landes bewertet. Danach betrug das Wachstum im vergangenen Jahr 3,7% (und nicht, wie bisher angenommen 2,9%). Die wirtschaftliche Gesamtleistung wurde mit 2.322 Trillionen Reais (ca. 829 Milliarden Euro) angegeben. Brasiliens Position auf dem Ranking der größten Volkswirtschaften verbessert sich auf den 10. Platz, noch vor Süd-Korea.

Die Wachstumsraten der Vorjahre erhöhten sich mit der neuen Methode ebenfalls. Dennoch bleibt das bisherige durchschnittliche Wachstum der Regierung Lula hinter den meisten Vorgängerregierungen der letzten 20 Jahre zurück. Nur in der ersten Regierung Cardoso war das Wachstum geringer.

Im Hinblick auf den Anteil der einzelnen Sektoren war das Wachstum im Agrarbereich am stärksten (4,1), gefolgt von dem Dienstleistungssektor (3,7%) und der Industrie (2,8%). Dank des Anstiegs der Realeinkommen wuchs auch der Familienkonsum um 4,3%. Anteil am höheren Wachstum hatte der Anstieg der Exporte von Gütern und Dienstleistungen um 4,6% sowie der Importe um 18,1%. Der Import von Konsumgütern ist um 3% gestiegen, die nationale Produktion aber nur um 1,5%. Der Anteil der Industrie an der gesamtwirtschaftlichen Leistung ist von 37,9 auf 30% zurückgegangen.

Die letzten Zahlen deuten auf ein schwieriges Problem hin: die Deindustrialisierung zugunsten einer Zunahme des Exports von Rohstoffen. Die Zunahme der Importe von Konsumgütern, darunter nicht zuletzt Billigprodukte aus Fernost, ist eine Folge der hohen Bewertung der

einheimischen Währung, wodurch Einfuhren verbilligt und Ausfuhren verteuert werden. Über den Preis können brasilianische Industrieprodukte außerhalb des Landes kaum noch konkurrieren und im Inland verliert die Produktion wegen der billigeren Importe an Rentabilität. Das belastet den Arbeitsmarkt und kann mittelfristig erhebliche negative Auswirkungen für die brasilianische Volkswirtschaft haben.

Ein wesentlicher Faktor für die hohe Bewertung des Real ist die Geld- und Zinspolitik der Zentralbank, die, abgesehen von einer vorsichtigen und sehr langsamen Absenkung der weltweit immer noch höchsten Zinsen, vorerst keine einschneidende Änderung ihrer Geldpolitik in Aussicht stellt.

Gol kauft Varig

Am 28. März teilte die Fluggesellschaft GOL mit, dass sie das Unternehmen „Neue Varig“ für ca. 320 Millionen Dollar gekauft habe. Nach der Krise des vergangenen Jahres war die traditionsreiche brasilianische Fluggesellschaft Varig geteilt worden in eine „alte Varig“, bei der ein Großteil der Schulden in Höhe von 9 Mrd. Reais (ca. 3 Mrd. Euro) verblieb, und die „Neue Varig“, die mit 17 Flugzeugen einen eingeschränkten Teil der bisherigen Flugstrecken der Gesellschaft bediente. Zwar zeigte die chilenische Fluggesellschaft LAN, die in den vergangenen Jahren bereits Fluggesellschaften in Peru und Argentinien übernommen hatte, Interesse an der „Neuen Varig“ und investierte im Februar knapp 20 Millionen US\$ in die „Neue Varig“, doch Präsident Lula hatte, wie jetzt bekannt wurde, bereits vor sechs Monaten den Eigentümer der GOL gebeten, die „Neue Varig“ zu kaufen. Der Deal, der in den letzten Monaten vorbereitet worden war, mag als Hinweis dafür gelten, dass die brasilianische Regierung kein Interesse daran hat, ausländischen Unternehmen einen Zutritt zu strategisch wichtigen Sektoren im Land zu überlassen. Nach dem Verkauf soll die „Neue Varig“ ihr Streckennetz nach Europa, Nordamerika und innerhalb Lateinamerikas ausbauen.

Chaos auf den Flughäfen

Vor einem Ausbau des Streckennetzes müsste allerdings zunächst das Chaos auf den Flughäfen beendet werden. Seit Monaten ist die Situation praktisch unhaltbar. Im September 2006 war eine voll besetzte Verkehrsmaschine der Gesellschaft GOL infolge eines Zusammenstoßes mit einer kleinen Privatmaschine über dem Amazonas abgestürzt. Nachdem zumindest eine Mitverantwortung der Flugüberwachung in Brasilia für den Absturz festgestellt und einige der Mitarbeiter suspendiert worden waren, kam es zunächst zu einem Solidaritätsakt in Form eines „Dienstes nach Vorschrift“. Dabei wurden die schweren Arbeitsbedingungen und die ungenügende technische Ausstattung der Flugüberwachung öffentlich. Zu den wesentlichen Forderungen der Fluglotsen, die Teil des Militärs sind, gehört die Übertragung der Flugüberwachung auf eine zivile Einrichtung, eine bessere technische Ausstattung, bessere Arbeitsbedingungen, insbesondere weniger Flüge pro Lotsen und eine bessere Bezahlung. An Weihnachten kam es zu Ausfällen von Flügen und erheblichen Verzögerungen, so dass viele Reisende den Heiligen Abend auf dem Flughafen verbringen mussten. In den Wochen und Monaten seither kam es wiederholt zu erheblichen Verzögerungen im Luftverkehr, wobei alle

Beteiligten und Instanzen, die mit dem Luftverkehr zu tun haben, sich die Schuld für das Chaos gegenseitig zuschieben. Präsident Lula forderte am 28. März eine Frist für das Ende des Chaos auf den Flughäfen. Doch nur drei Tag später erreichte es seinen Höhepunkt: die Fluglotsen in Brasilia traten in einen Hungerstreik und innerhalb weniger Stunden brach der gesamte Luftverkehr des Landes zusammen. 49 Flughäfen wurden gesperrt, Tausende Reisende saßen auf den Flughäfen fest, was als Nebeneffekt ein allgemeines Chaos des Straßenverkehrs verursachte, internationale Flüge wurden in Nachbarländer umgelenkt. Die streikenden Lotsen wurden zunächst verhaftet, doch auf Intervention von Präsident Lula wieder frei gelassen. In den Tagen danach hat der Präsident verschiedene widersprüchliche Äußerungen getroffen: einmal war er für die Bestrafung der Fluglotsen, dann wieder dagegen, einmal war er für die Entmilitarisierung der Flugüberwachung, dann wieder dagegen. Der zuständige Verteidigungsminister ist vollkommen überfordert, hat überhaupt keine Autorität für irgendeine Entscheidung und scheint auch von der ganzen Angelegenheit wirklich nichts zu verstehen. Kurz: die Regierung offenbart eine erschreckende Inkompetenz bei diesem Krisenmanagement.. Ob die Krise der Flugüberwachung und das Chaos auf den Flughäfen kurzfristig gelöst werden kann, bleibt vorerst offen.

US-Präsident Bush in São Paulo – Brasiliens Präsident Lula in Camp David

Während die brasiliansische Regierung einen Besuch von Präsident Lula in Camp David, USA, für den 31. März vorbereitete, erhielt sie die Nachricht, dass sich Präsident Bush seinerseits zu einem Besuch von fünf lateinamerikanischen Ländern entschlossen habe und als erstes am 08. und 09. März nach São Paulo kommen wolle. Anlass dieser etwas überraschend geplanten Reise des US-Präsidenten war, dass man in Washingtons plötzlich den Verlust von politischem Terrain feststellte. Präsident Bush hatte zu Beginn seiner Amtszeit zwar einen Ausbau der Beziehungen zu Lateinameika in Aussicht gestellt, doch der 11. September und seine Folgen haben die Aufmerksamkeit Washingtons in andere Richtungen gelenkt. Nun sollte aufgeholt werden, was in den letzten Jahren zu kurz kam.

Im Vorfeld seiner Reise betonte Bush in mehreren Interviews, dass sich die Entwicklungshilfe der USA seit Beginn seiner Amtszeit von 862 Millionen US\$ auf 1,6 Milliarden US\$ verdoppelt habe, die USA aber dafür zu wenig Dankbarkeit ernteten. Abgesehen davon, dass kurz vor der Reise Kürzungen der Hilfe im Etat-Entwurf der USA für das Haushaltsjahr 2008 bekannt wurden, kommentierte man in Brasilien, das ohnehin nur einen relativ kleinen Betrag erhält, den Wunsch nach größerer Dankbarkeit mit dem Hinweis auf die Kosten des Irak-Einsatzes, der in wenigen Tagen soviel koste wie die jährliche Entwicklungshilfe für Lateinamerika.

Beim Besuch in Brasilien spielten vor allem drei Themen eine Rolle:

- die Zusammenarbeit im Bereich der erneuerbaren Energien,
- die Verhandlungen im Rahmen der Doha-Runde der Welthandelsorganisation,
- die Zusammenarbeit zur Stärkung von Demokratie (und Isolierung der Populisten a la Chavez).

Die USA sind zwar (noch) der weltweit größte Produzent von Biotreibstoff, doch die Regierung Bush will den Anteil der erneuerbaren Energie am Benzin deutlich erhöhen, um die Abhängigkeit

von Petroleumimporten abzubauen. Brasilien ist in diesem Gebiet ein bevorzugter Partner, der auch von den Europäern umworben wird. In Brasilien wird Ethanol auf der Basis von Zuckerrohr billiger produziert als in den USA, wo Mais die Grundlage des Biotreibstoffes ist. Präsident Bush will den Import von Biotreibstoff aus Brasilien erhöhen, weshalb in São Paulo eine engere Zusammenarbeit bei der Entwicklung und Verbreitung von Biotreibstoffen, ein gemeinsames Vorgehen zur Festlegung internationaler Standards und Normen für Biotreibstoffe sowie gemeinsame Maßnahmen zur Förderung der Produktion und des Konsums von Biotreibstoffen in anderen Ländern Lateinamerikas und der Karibik vereinbart wurden. Ein Problem für Brasilien sind jedoch die Subventionen in den USA für die heimischen Treibstoffanbauer und die Importtarife, die brasilianische Produzenten in den USA bezahlen müssen. Derzeit sind das 0,54 Cent pro Gallone. Präsident Bush will Brasilien in dieser Frage zwar entgegenkommen, doch kam es noch nicht zu einer konkreten Vereinbarung.

Die Verhandlungen der Doha-Runde der Welthandelsorganisation (WTO) haben für Brasilien eine große Bedeutung. Bei einem Scheitern der Verhandlungen wird das Land einer der großen Verlierer sein, nicht zuletzt deshalb, weil die brasilianische Diplomatie in den vergangenen Jahren alles auf die Karte der Doha-Runde gesetzt und Fortschritte bei bilateralen oder biregionalen Verhandlungsrunden vernachlässigt hatte. In Sao Paulo stand das Thema WTO wieder auf der Tagesordnung. Doch die Verhandlungsführerin der USA, Susan Schwab, machte deutlich, dass die USA kein neues Angebot zur Reduzierung ihrer heimischen Agrarsubventionen vorlegen würden, solange die anderen WTO-Mitglieder nicht ihre Position über die Öffnung der Agrarmärkte klärten

In Brasilien wird gerne darüber spekuliert, dass die US-Administration auch deshalb ein engeres Verhältnis zu der Regierung Lula sucht, weil sie die brasilianische Rolle in Südamerika stärken will, um den Einfluss des venezolanischen Präsidenten Hugo Chavez zu begrenzen. Die brasilianische Regierung lässt sich auf solche politischen Bandenspiele nicht ein und gibt zumindest nach außen hin nicht zu erkennen, ob sie beim Thema Chavez eventuellen Erwartungen der USA entsprechen will. Andererseits ist es der Regierung Lula natürlich sehr angenehm, seitens der Administration in Washington als wichtiger Partner wahrgenommen zu werden. Brasilien wird kaum die in den letzten Jahren engere Zusammenarbeit mit Venezuela aufgeben, auch wenn die Anti-Bush-Veranstaltung von Chavez in Buenos Aires am Tag des Besuches des US-Präsidenten in São Paulo in Brasilien nicht mit Beifall bedacht wurde.

Nach dem Treffen in São Paulo hat die Begegnung der beiden Präsidenten in Camp David an Bedeutung eingebüßt; denn nach knapp drei Wochen waren keine großen Fortschritte bei den verschiedenen Themen zu erwarten.

Vor diesem zweiten Treffen hat Präsident Lula in einem Namensartikel, der am 30. März in der Washington Post und am 31. März im Miami Herald veröffentlicht wurde, noch einmal sehr nachdrücklich die Bereitschaft Brasiliens zur Zusammenarbeit im Bereich der Biotreibstoffe betont. Angesichts der auch in den USA lauter gewordenen Bedenken von Umweltgruppen hob er hervor: „Es stimmt nicht, dass Ethanol die tropischen Wälder bedroht. Die Erde im Amazonasgebiet ist nicht geeignet für die Zuckerproduktion. Die Verpflichtung Brasiliens zum Umweltschutz ist eine Tatsache: wir haben in den letzten Jahren den Rhythmus der Entwaldung

um 52% gesenkt.“ Ebenso unterstrich er: „ Der Zuckerrohanbau bedroht die Produktion von Lebensmitteln nicht“. Nur 1% der gesamten nutzbaren Fläche von 320 Mio ha werde für Zuckerrohanbau genutzt.

In Camp David sprachen Bush und Lula über eine gemeinsame Strategie, um die Verhandlungen der Doha-Runde der Welthandelsorganisation doch noch zu einem erfolgreichen und umfassenden Abschluss zu führen. Konkrete Vereinbarungen, wie sie dieses Ziel erreichen wollen, wurden allerdings nicht bekannt, auch wenn in den letzten Wochen auf Seiten einiger Entwicklungs- und Schwellenländer Positionsveränderung in den sensiblen Agrarfragen zu beobachten waren.

Diskrepanzen im Hinblick auf das Verhältnis zum Iran

Präsident Lula äußerte am Ende des Treffens mit seinem Kollegen George W. Bush in Camp David, dass er noch nie ein so produktives Treffen mit der Regierung der USA hatte. Dennoch wurde bei einem gemeinsamen Gespräch mit der Presse eine Diskrepanz deutlich, und zwar im Hinblick auf das Verhältnis zum Iran. Gefragt, ob sich der brasilianische Energiekonzern Petrobras aus dem Iran zurückziehen werde, so wie es ein Kommuniqué der US-Botschaft in Brasilia am Vortag von Lulas Besuch behauptet hatte, antwortete Lula „ich bin überzeugt, dass Petrobras weiterhin im Iran investieren und forschen wird, da er ein wichtiger Handelspartner Brasiliens ist. Ich weiss, dass es Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Iran und anderen Ländern gibt, aber wir haben überhaupt keine Meinungsverschiedenheiten mit den Iranern. Deshalb werden wir mit dem Iran weiter arbeiten bei allem, was im Interesse von Brasilien ist“. Präsident Bush erinnerte allerdings daran, dass die UNO im Einvernehmen mit Russland, Indien, China und den USA Sanktionen gegen den Iran beschlossen hat. Zudem betonte er: „Souveräne Nationen treffen souveräne Entscheidungen. Aber wir erwarten, dass die Länder sehr vorsichtig in ihrem Umgang mit dem Iran sind, der versucht, Kernwaffen zu entwickeln. Wir sind sehr in Sorge über eine Regierung, die bei ihrem Versuch, Kernwaffen zu entwickeln, internationale Abkommen verletzt.“ (O Globo vom 01.04.2007)

Wenige Tage vor dem Treffen in Camp David hatte sich Brasilien am 26. März bei einer Abstimmung der UN Menschenrechtskommission in Genf der Stimme enthalten und so dazu beigetragen, dass eine Verurteilung des Iran wegen Menschenrechtsverletzungen verhindert wurde.

Insgesamt zeichnet sich ab, dass Brasilien mit dem Angebot der USA zu einer engeren Zusammenarbeit sehr einverstanden ist. Der Ausgang der Doha-Runde der WTO bleibt ungewiss und die Ergebnisse der brasilianischen Süd-Süd-Politik der vergangenen Jahre sind äußerst bescheiden. Ein Abkommen mit den USA , das die Handelsbeziehungen fördert und erleichtert erscheint dringend notwendig.

Das neue Kabinett Brasiliens

Ministerium	Partei	Minister
Innenministerium	PT	Dilma Rousseff*
Generalsekr. Im Präsidentialamt	PT	Luiz Dulce*
Außen	[PMDB]	Celso Amorim*
Justiz	PT	Tarso Genro **
Institutionelle Beziehungen.	PT	W. Mares Guia
Planung	PT	Paulo Bernardo*
Finanzen	PT	Guido Mantega*
Soziale Sicherheit	PT	Luiz Marinho**
Soziale Entwicklung	PT	Patrus Ananias*
Rassengleichstellung	PT	Matilde Ribeiro*
Frauen	PT	Nilcéa Freire*
Umwelt	PT	Sen. Marina Silva*
Zentralbank	parteilos	Henrique Meirelles*
Fischerei	PT	Altemir Gregolin*
Rechnungshof	parteilos	Jorge Hage*
Institutionelle Sicherheit	parteilos	Gen. Jorge Felix*
Kommunikation	PMDB	Sen. Hélio Costa*
Minen und Energie	PMDB	Silas Rondeau*
Nationale Integration	PMDB	Dep. Geddel Vieira Lima***
Gesundheit	PMDB	José Gomes Temporão***
Landwirtschaft	PMDB	Dep. Reinhold Stephanes***
Tourismus	PT	Marta Suplicy***
Agrarentwicklung.	PT	Guilherme Cassel*
Menschenrechte	PT	Paulo Vannuchi*
Erziehung	PT	Fernando Haddad*
Städte	PP	Márcio Fortes*
Verteidigung	PT	Waldir Pires*
Handel und Entwicklung	parteilos	Miguel Jorge***
Kultur	PV	Gilberto Gil*
Wissenschaft und Technik	PSB	Sérgio Resende*
Sport	PCdoB	Orlando Silva*
Arbeit	PDT	Carlos Lupi***
Transport	PR	Sen. Alfredo Nascimento***
Presseamt	parteilos	Franklin Martins***
Hafen und Flughäfen	PSB	Pedro Brito***

* bisheriger Amtsinhaber ** bisher schon im Kabinett *** neu im Kabinett